

internationale und nationale Kontrolle ergänzt wurden. Auch die Möglichkeit der Errichtung einer internationalen Schiedsstelle für den Fall einer vertraglichen Regelung der Zufahrt nach Westberlin auf der Grundlage des Friedensvertrags gehört zu diesen Bemühungen um Entspannung, die im Zusammenhang mit der gegenwärtig in Genf stattfindenden 18-Mächte-Abrüstungskonferenz besondere Bedeutung haben.

Das 15. Plenum macht erneut klar, daß die Kenntnis der Grundfragen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus eine Grundlage der Bildung unserer Bürger überhaupt ist. Das bedeutet einmal, daß in der Ausbildung auch der Studenten der Rechtswissenschaft die ökonomischen Fragen so gelehrt werden müssen, daß sie zum Verständnis des Weges und Zieles unserer ökonomischen Entwicklung und ihrer nationalen Bedeutung führen. Das verlangt aber auch, daß Richter und Staatsanwälte, die Studium und Fernstudium bereits abgeschlossen haben, sich im Selbststudium diese unentbehrlichen Kenntnisse verschaffen. Dabei könnten die Wirkungsgruppen der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands und insbesondere ihre als Justitiare in der sozialistischen Wirtschaft tätigen Mitglieder wertvolle Hilfe leisten. Wir müssen auch überprüfen, ob nicht die Thematik des organisierten, differenzierten Selbststudiums der Justizfunktionäre in dieser Richtung erweitert werden muß.

Im einzelnen möchte ich zum Nachdenken über folgende Fragen anregen: Grundfrage unserer Wirtschaft ist die Steigerung der Akkumulation, gestützt im besonderen auf die Senkung der Selbstkosten und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ausdruck der Bereitschaft und des Kampfes der Arbeiter um dieses Ziel ist das Produktionsaufgebot des Jahres 1961, das in diesem Jahr auf höherer Ebene, unter Einbeziehung aller Werktätigen fortgeführt wird. Es sei hier an die Etappen der Entwicklung des Produktionsaufgebots erinnert: von der einfachen und in ihrem Wesen nicht veränderten Losung der Arbeiter des VEB Elektrokohle „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren“ bis zu dem in vorbildlicher Gründlichkeit ausgearbeiteten Dokument der Drehmaschinenbauer — das die Aufmerksamkeit zugleich auf die vorrangige Bedeutung des Maschinenbaus im Volkswirtschaftsplan 1962 lenkt — mit ihrer Losung: „Gründlich denken, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten“.

Auf dem Plenum wurde auch auf den hohen moralischen Gehalt des Produktionsaufgebots, auf seine zutiefst ideologische und menschliche Problemstellung hingewiesen. Hierdurch wird noch einmal der Zusammenhang zwischen Moral und Arbeitsproduktivität hervorgehoben, der ja in den fünf Punkten des Aufgabenbereichs der Konfliktkommissionen im § 144 des Gesetzbuches der Arbeit (einschließlich der Übertragung geringfügiger Straftaten auf die Konfliktkommission) seinen Ausdruck gefunden hat und noch immer nicht richtig verstanden wird. Dabei wurde betont, daß die Losung des Produktionsaufgebots nicht die materielle Interessiertheit in den Vordergrund stellt, sondern — mit der Forderung nach ehrlicher Arbeit — die moralische Seite, das Bewußtsein. Selbstverständlich wird das sozialistische Prinzip der materiellen Interessiertheit nicht etwa als zweitrangig betrachtet, aber es muß an ehrlichen Leistungen durchgesetzt werden, — so, wie es in der Landwirtschaft auf die genossenschaftliche Produktion zu lenken ist;

Die Aufgabe dieses Jahres, den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus nunmehr — frei von Störungen der Imperialisten — zur vollen Wirksamkeit zu verhelfen, Verlangt von Richtern ürid Staatsanwälten, daß sie

diese ökonomischen Gesetze und ihr Wirken kennen. Das ist sowohl für die Tätigkeit in der Allgemeinen Aufsicht als auch für die Aufklärung und Bestrafung von Verbrechen notwendig, deren Gesellschaftsgefährlichkeit oft erst auf Grund dieser Kenntnis richtig eingeschätzt werden kann, damit nicht — wie deutlich gesagt wurde — objektive Schwierigkeiten dazu benutzt werden, subjektive Mängel zu verdecken.

Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus müssen aber auch in den Justizorganen selbst verwirklicht werden; das gilt im besonderen für die Forderung, Arbeitskräfte und Haushaltsmittel einzusparen. Manche Justizverwaltungsstellen und Gerichte haben diese Forderung nicht verstanden, wenn sie, statt zu prüfen, inwieweit Arbeitskräfte eingespart werden können, eine Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte oder eine höhere Gehaltseinstufung für einzelne Mitarbeiter verlangen.

Der Erfolg des Produktionsaufgebots, der ohne Durchsetzung des wissenschaftlichen Fortschritts nicht möglich ist, und das Wirksamwerden der ökonomischen Gesetze des Sozialismus sichern die Erfüllung der ökonomischen Aufgaben, die als eine Seite der Lösung unserer nationalen Aufgaben vor uns stehen; sie stärken die ökonomischen Grundlagen der DDR, damit diese ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen kann.

Den Strafverfolgungsorganen fällt dabei die Aufgabe zu, diese Entwicklung mit ihren Mitteln und Kräften zu unterstützen.

Klar und unmißverständlich waren dabei die Worte, die sowohl in den Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht wie einer Reihe von Diskussionsreden über Erscheinungen der Vergeudung, der Schlamperei, der Nichtausnutzung oder gar des Verkommenlassens hochwertiger Maschinen gebraucht wurden. Die Maßnahmen, die von der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle eingeleitet wurden, um derartige Verletzungen der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und der juristischen Gesetze zu verhindern, werden für die Herausbildung des Verantwortungsbewußtseins der Leiter von großem Nutzen sein. Sie werden in verbrecherischen Fällen aber auch prinzipieller als bisher das Eingreifen der Strafverfolgungsorgane verlangen. Diese Hinweise werden auch im Entwurf des Strafgesetzbuches zu berücksichtigen sein.

Die Gedanken über die im Plenum behandelten ökonomischen Fragen können nicht ohne Hinweis auf die neue Etappe abgeschlossen werden, die im besonderen mit der zwischen dem Genossen Walter Ulbricht und dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Genossen Chruschtschow, getroffenen Vereinbarung eingeleitet wurde und die eine neue Stufe der Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion darstellt. Hier ist die Herausarbeitung der Unterschiede zwischen dieser die nationale Souveränität nicht antastenden sozialistischen Gemeinschaft und der „EWG“, die mit ihren übernationalen Organen die Volksvertretung und die Staatsorgane ihrer Mitgliedstaaten ausschaltet, besonders instruktiv.

*

Der letzte Teil der Rede des Genossen Walter Ulbricht auf dem 15. Plenum trägt die Überschrift: „Die Entwicklung der Menschen.“ An seinem Schluß findet sich die Feststellung:

„Die in der Staatsratserklärung vom Oktober 1960 festgelegten Grundsätze für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die in dem Beschluß des Politbüros festgelegten Richtlinien über die Durchführung der Parteiwahlen und die Hinweise in dem Interview zu den Parteiwahlen sind die kollektive Meinung der Parteiführung und sollten; auch weiterhin Anregung geben für die selbstkritische Beurteilung,